

MOTION von Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), Andreas Daurú (SP, Winterthur), Mark Wisskirchen (EVP, Kloten) und Nicole Wyss (AL, Zürich)

betreffend Stopp Pflexit. Hopp Kanton Zürich

Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um die Anliegen der Pflegeinitiative im Kanton Zürich konsequent und rasch umzusetzen.

Begründung:

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat mit über 60 Prozent Ja-Stimmen die Pflegeinitiative deutlich angenommen. Im Kanton Zürich haben 61,8 Prozent Ja dazu gesagt. In der Verantwortung sind in erster Linie die Kantone, denn die Gesundheitsversorgung ist im föderalen System Sache der Kantone. Der Regierungsrat des Kanton Zürich jedoch schreibt in der Antwort auf das dringliche Postulat KR-Nr. 478/2020, es seien nach Annahme der Pflegeinitiative durch die Schweizer Stimmberechtigten am 28. November 2021 nun in erster Linie der Bundesrat und die eidgenössischen Räte gefordert, die Anliegen der Initiative mit geeigneten Massnahmen umzusetzen. Der Kanton sieht sich, das zeigt auch die ablehnende Antwort auf eine Verbesserung der Löhne im Pflegebereich, nicht in der Verantwortung und ist nicht bereit, dort Verbesserungen anzugehen, wo er könnte. Der Bund jedoch äussert klar, dass die Kantone in der Pflicht sind.

Die Arbeitsbedingungen und die Pflegequalität müssen rasch verbessert werden; es kann nicht auf die Bundesgesetzgebung gewartet werden. Es gilt einen Pflexit und das für die Zürcher Bevölkerung gefährliche Szenario eines horrenden Pflegefachkräftemangels zu verhindern.

Es sind dringend weitere Massnahmen zur Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu treffen. Eine Arbeitszeitreduktion für Schichtarbeitende nach dem Modell des GZO Wetzikon (10% -Reduktion) könnte als Vorbild dienen, um auch die Attraktivität der kantonalen Spitäler zu steigern. Ebenso ist zu prüfen, ob ein verbindlicher Personalschlüssel für die Aufnahme auf die Spitalliste zu verankern ist. Zudem ist es notwendig, Care – Drain, das Abwerben von Pflegepersonal aus dem Ausland, nicht mehr als Lösungsweg zu betrachten. Darauf werden wir uns in den kommenden Jahren nicht verlassen können, weil auch unsere Nachbarländer die Attraktivität des Pflegeberufs mit diversen Massnahmen zu steigern versuchen. Es ist zudem vonnöten, sich Gedanken zu machen, wie es im bestehenden Finanzierungssystem möglich ist, die Abgeltung von Pflegeleistungen zu erhöhen, um die Abgeltung und die Personaldotation zu verbessern. Hier hat sich der Kanton auf Bundesebene für Verbesserungen einzusetzen und seine Antwort auf das Postulat 478/2020 bezüglich der Lohneinstufung zu korrigieren. Wir erwarten, dass die Regierung gestalterisch eingreift und die Dringlichkeit erkennt.

Jeannette Büsser
Janine Vannaz
Andreas Daurú
Mark Wisskirchen
Nicole Wyss